



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Amt für Bauordnung und Hochbau

B a u p r ü f d i e n s t (BPD) 2018-4

**Zu prüfende Rechtsbereiche im Baugenehmigungsverfahren
mit Konzentrationswirkung nach § 62 HBauO**

Inhaltsverzeichnis

1.	Gegenstand des Bauprüfdienstes	2
2.	Rechtsgrundlagen.....	3
3.	Begriffe	3
3.1.	Bauaufsichtsbehörden	3
3.2.	Fachrechtsdienststellen	4
3.3.	Sachverständige Stellen	4
4.	Erläuterungen zu den Anlagen.....	4
4.1.	Anlage 1 - Zu prüfende Rechtsbereiche.....	4
4.2.	Anlage 2 - Abkürzung der Rechtsvorschriften	5
4.3.	Anlage 3 - Abkürzung der Behörden und Stellen	5
5.	Zu prüfende Rechtsbereiche in anderen bauaufsichtlichen Verfahren.....	5
6.	Hinweis zum Arbeitskreis Gewerbebau	6
7.	Fortschreibung der Anlagen	6
	Anlage 1 – Zu prüfenden Rechtsbereiche.....	7
	Anlage 2 – Abkürzungen der Rechtsvorschriften	36
	Anlage 3 - Abkürzungen der Behörden und Stellen	40

1. Gegenstand des Bauprüfdienstes

Im Baugenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung nach § 62 HBauO prüft die Bauaufsichtsbehörde die Zulässigkeit des Bauvorhabens nach allen öffentlich-rechtlichen Vorschriften. Der Bauprüfdienst hat das Ziel, die wichtigsten Rechtsbereiche aufzuzeigen, die in diesem Rahmen beachtlich sein können sowie die zuständigen Behörden und Stellen zu benennen, die von der Bauaufsichtsbehörde am Verfahren zur Abgabe einer Stellungnahme gegebenenfalls zu beteiligen sind (§ 70 Abs. 5 HBauO).

Als Service für die Bauaufsichtsbehörden werden in den Rechtsbereichen „Städtebaurecht/Bauplanungsrecht“ und „Bauordnungsrecht“, für die sie überwiegend selber zuständig sind, sachverständige Stellen aufgelistet, die sie zur Lösung von Fachfragen hinzuziehen können oder müssen.

Der Bauprüfdienst 2017-2 ist nicht mehr anzuwenden. Die Neufassung berücksichtigt in der Anlage 1 im Wesentlichen folgende Änderungen:

- Arbeitsschutz, Arbeitsstätten
 - Dienststelle aufgenommen (Unfallkasse des Bundes),
 - Rechtsgrundlage angepasst
 - Fußnote bzgl. Arbeitsplätzen bei besonderen Wohnformen ergänzt
- Sozialrecht, SGB VIII, räumliche Anforderungen an Kindertagesstätten (neuer Rechtsbereich)
- Sprengstoffrecht, Lagerung von Explosivstoffen in kleinen Mengen (neuer Rechtsbereich)
- Verteidigung, Vorhaben im Schutzbereich einer Verteidigungsanlage (neuer Rechtsbereich)
- Wasserrecht
 - Gewässerschutz, Ersatz der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (VAwS) durch die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV),
 - Hochwasserschutz, § 76, 78 WHG, Rechtsgrundlage der Genehmigung ergänzt, Ausnahmen nach den Vorordnungen über Überschwemmungsgebiete und Anzeige ergänzt,
- Wohnungsbauwesen, Beteiligungsgrund zum HmbWoFG/HmbWoBindG ergänzt
- Wohnwagen, Änderung Fachrechtsdienststelle von ABH 2 auf LP/A
- Verschiedene Prüfthemen zur Baustelle aufgrund der Herausnahme aus dem Prüfungsumfang des § 62 HBauO entfernt:
 - § 14 HBauO (Bezirksamt/WBZ 2),
 - Arbeitsschutz, Arbeitsstätten, § 2 BaustellV (BSW/ABH 33),
 - Umweltschutz, Immissionsschutz
 - auf Baustellen (BSW/ABH 33),
 - § 7 der 32. BImSchV (BSW/ABH33),

- Wasserrecht, Gewässerschutz, § 10 WHG
 - vorübergehende Grundwasserabsenkung (BUE/U1),
 - Einleitung von Baugrubenwasser in Oberflächengewässer ... (BUE/U1)
- Verschiedene Prüfthemen zur Baustelle aufgrund der Herausnahme aus dem Prüfumfang des § 62 HBauO textlich überarbeitet:
 - Wegerecht, § 19 Absatz 1 HWG, Text der Sondernutzungen angepasst (Bezirkssamt/MR oder WBZ 3)
- Verschiedene Prüfthemen zu § 13 HmbAbwG aufgrund der Herausnahme aus dem Prüfumfang des § 62 HBauO entfernt:
 - Abwasserbeseitigung, § 13 HmbAbwG (BUE/IB 31)
- Bauordnungsrecht, §§ 4, 5 HBauO, Sachverhalte bzgl. Grundstücksentwässerungsanlagen überarbeitet (Zuarbeit von BUE/IB)¹
- Umweltschutz, Immissionsschutz
 - Ergänzung um Vorhaben auf Betriebsbereichen von Störfallbetrieben zur Berücksichtigung der Seveso III-Problematik aufgrund der geänderten Zuständigkeiten vom 8. Mai 2018 (Anordnung zur Durchführung des BIm-SchG, Abschnitt III, Absatz 2).

Das Baugenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung, insbesondere die Zusammenarbeit der Bauaufsichtsbehörde mit den zu beteiligenden Fachrechtsdienststellen, wird in dem BPD „Baugenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung nach § 62 HBauO erläutert.“²

2. Rechtsgrundlagen

- Hamburgische Bauordnung (HBauO) vom 14. Dezember 2005 (HmbGVBl. S. 525, 563), zuletzt geändert am 23. Januar 2018, insbesondere §§ 62, 70 Abs. 5, 72 Abs. 2,
- Zuständigkeitsanordnungen des Senats

3. Begriffe

3.1. Bauaufsichtsbehörden

Die Bauaufsichtsbehörden führen das Baugenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung nach § 62 HBauO durch. Zuständige³ Bauaufsichtsbehörden sind

- die Bezirksämter (Zentren für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt – WBZ)
- im Hafennutzungsgebiet die Hamburg Port Authority (HPA)
- im Bereich Kehrwiederspitze, Speicherstadt, HafenCity und Vorbehaltsgebiete (z. B. Mitte Altona) die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW).

¹ Die Beteiligungspflicht bei Einleit- und Anschlussgenehmigungen nach dem HmbAbwG bleibt bestehen. Siehe hierzu auch FAQ zu § 62 HBauO

² Siehe Thema „Bauprüfdienste“ auf der Internetseite <http://www.hamburg.de/baugenehmigung/>

³ Anordnung über Zuständigkeiten im Bauordnungswesen vom 8. August 2006

3.2. Fachrechtsdienststellen

Fachrechtsdienststellen im Sinne dieses Bauprüfdienstes sind die zuständigen Behörden und Stellen, die in einem Rechtsbereich öffentlich-rechtliche Aufgaben wahrnehmen.

3.3. Sachverständige Stellen

Sachverständige Stellen sind Behörden und Stellen, die fachlichen Sachverstand in Rechtsbereichen besitzen, für die andere Fachrechtsdienststellen zuständig sind.

4. Erläuterungen zu den Anlagen

4.1. Anlage 1 - Zu prüfende Rechtsbereiche

Im Baugenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung sind von der Bauaufsichtsbehörde neben den Rechtsvorschriften, für deren Einhaltung sie selber zuständig sind, Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen zu berücksichtigen, für die sich andere Fachrechtsdienststellen verantwortlich zeichnen (§§ 62, 70 Abs. 5 HBauO). Die Anlage 1 listet die Rechtsbereiche, Rechtsvorschriften und zuständigen Fachrechtsdienststellen auf (ohne Anspruch auf Vollständigkeit), deren Anforderungen in Abhängigkeit vom Einzelfall zu berücksichtigen sind.

4.1.1. Spalte 3 - Sachverhalt

Die Spalte 3 listet stichwortartig rechtliche Sachverhalte auf, die die Beteiligung einer Fachrechtsdienststelle auslösen können. Die Aufzählung ist nicht abschließend.

4.1.2. Spalte 4 - Behördliche Entscheidung

Die Baugenehmigung schließt die im Fachrecht geregelten behördlichen Entscheidungen ein; sie sind in der Baugenehmigung zu benennen (§§ 62, 72 Abs. 2 HBauO). Welche das sein können, ist der 4. Spalte der Anlage 1 zu entnehmen.

In Klammern aufgeführte Begriffe stellen verwaltungsinterne Mitbestimmungspflichten dar oder kennzeichnen Vorschriften, die eine Anzeige- oder Mitteilungspflicht vorsehen. Sie sind keine behördlichen Entscheidungen im Sinne von § 72 Abs. 2 HBauO und in der Baugenehmigung nicht zu benennen.

4.1.3. Spalte 5 - Fachrechtsdienststellen

Die Spalte 5 führt die zuständigen Fachrechtsdienststellen auf, die im Baugenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung gegebenenfalls zu beteiligen sind (§ 70 Abs. 5 HBauO).

In den Rechtsbereichen des Bauordnungs- und Bauplanungsrechts werden als Fachrechtsdienststellen, soweit zuständig, nur die bezirklichen Bauaufsichtsbehörden (Bezirksamt / WBZ 2) benannt, auch wenn aufgrund der Lage eines Vorhabens die BSW oder HPA zuständig sein sollten. Die Wahl dieser lediglich bezirklichen Bezeichnung schließt deshalb gegebenenfalls die Bauaufsichtsbehörden der BSW oder HPA in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich ein. Die Anlage 1 hat aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht das Ziel,

nach räumlicher Zuständigkeit der verschiedenen Bauaufsichtsbehörden weiter zu differenzieren.

4.1.4. Spalte 6 – Sachverständige Stellen

Die Bauaufsichtsbehörde bedient sich zur Lösung von fachlichen Fragestellungen in Rechtsbereichen, für die sie selber zuständig sind (insbesondere im Bauordnungs- und Bauplanungsrecht), sachverständiger Stellen, z. B.

- der Feuerwehr Hamburg zur Beurteilung von Brandschutzfragen,
- der Stadt- und Landschaftsplanung bei der Prüfung von planungsrechtlichen Befreiungen oder
- der Prüfstelle für Baustatik (BSW/ABH3) zur Prüfung der bautechnischen Nachweise.

In der Anlage 1 werden diese sachverständigen Stellen benannt (6. Spalte). Die Aufzählung ist nicht abschließend. Nennung und Reihenfolge sind kein Indiz für Priorität oder Häufigkeit der Beteiligung. Zu prüfende Rechtsvorschriften werden nur aufgelistet, wenn eine sachverständige Stelle zur Verfügung steht. Sofern die Beteiligung einer sachverständigen Stelle aufgrund verwaltungsinterner Regelungen, z. B. Senatsdrucksachen, verpflichtend ist, wird in einer Fußnote darauf hingewiesen, z. B. die Beteiligung der Prüfstelle für Baustatik (§ 15 HBauO).

Sachverständige Stellen außerhalb der Zuständigkeitsbereiche der Bauaufsichtsbehörden bleiben unberücksichtigt. Die Beteiligungspflicht nach § 70 Abs. 5 HBauO richtet sich an Fachrechtsdienststellen, nicht an sachverständige Stellen. Die Auflistung sachverständiger Stellen im komplexen Fachrecht unter Berücksichtigung deren jeweils spezifischer Abstimmungsprozesse zur Entscheidungsfindung ist nicht Ziel dieses BPD.

4.2. Anlage 2 - Abkürzung der Rechtsvorschriften

Rechtsvorschriften werden in der Anlage 1 in ihrer Kurzform angegeben. In der Anlage 2 erfolgt deren vollständige Bezeichnung.

4.3. Anlage 3 - Abkürzung der Behörden und Stellen

Die in der Anlage 1 benutzen Leitzeichen der Behörden und Stellen werden in der Anlage 3 erläutert.

Es wird die amtliche Bezeichnung der zuständigen Fachrechtsdienststellen verwendet. Sie kann von der im Postaustausch-Verteiler (FHH) benutzten Bezeichnung abweichen. So erfolgt z. B. die Verteilung der Post an das Archäologische Museum Hamburg (AMH) über das Bezirksamt Harburg (H/AMD).

5. Zu prüfende Rechtsbereiche in anderen bauaufsichtlichen Verfahren

Die Beteiligungspflicht der Bauaufsichtsbehörde zur Einholung von Stellungnahmen anderer Behörden und Stellen nach § 70 Abs. 5 HBauO gilt auch im vereinfachten Genehmigungsverfahren nach § 61 HBauO, wenn deren Aufgabenbereich zum Prüfungsumfang gehört. Sie gilt auch im Vorbescheidsverfahren nach § 63 HBauO, wenn Belange anderer Behörden und Stellen Bestandteil der zu beantwortenden Fragen sind. In diesen Fällen ist die Anlage 1 sinngemäß anzuwenden.

6. Hinweis zum Arbeitskreis Gewerbebau

Die Beteiligung des Arbeitskreises Gewerbebau⁴ bleibt in der Anlage 1 unberücksichtigt, weil seine Empfehlungen keine zu prüfenden öffentlich-rechtlichen Anforderungen sind und er nur auf Veranlassung des Antragstellers tätig wird.

7. Fortschreibung der Anlagen

Die Fortschreibung der Anlagen erfolgt durch BSW/ABH 2. Die Bauaufsichtsbehörden, Fachrechtsdienststellen und sachverständigen Stellen werden um Mitteilung gebeten, wenn sich Aufgaben, Zuständigkeiten oder Dienststellenbezeichnungen ändern. Mitteilungen können an folgende E-Mail-Adresse gesendet werden:

oberstebauaufsicht-ABH2@bsw.hamburg.de

⁴ Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses BPD geregelt in der Fachanweisung Beteiligung des Arbeitskreises Gewerbebau (AK Gewerbebau), FA 1/2009 - ABH

Anlage 1 – Zu prüfenden Rechtsbereiche

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
Städtebaurecht/ Bauplanungsrecht	§ 11 BauGB	Einhaltung städtebaulicher Verträge (mittelbar von Bedeutung) <ul style="list-style-type: none"> ▪ bei Bezirksplänen ▪ bei Senatsplänen 		Bezirksamt / SL BSW / LP	
	§ 15 BauGB	Zurückstellung von Baugesuchen <ul style="list-style-type: none"> ▪ bei Bezirksplänen ▪ bei Senatsplänen 		Bezirksamt / WBZ 2 Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL BSW / LP
	§§ 30 ff. BauGB i. V .m. BauNVO, BPVO	Zulässigkeit von Vorhaben		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL BSW / LP BSW / LP / A BSW / ABH 2 BUE / NGE 1
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesicherte Erschließung bei Hauptverkehrsstraßen, Senatsplänen und Vorbehaltsgebieten 		Bezirksamt / WBZ 2	BWVI / VE 3
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesicherte Erschließung bei allen anderen Straßen 		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / MR

⁵ Hinsichtlich Zustimmung und Einvernehmen nur, soweit sie erteilt oder fingiert sind. Sofern sie verweigert werden, kann die Genehmigung nicht erteilt werden.

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ großflächigen Einzelhandelseinrichtungen mit mehr als 1.200 m² BGF und unter 1.200 m² BGF, wenn mit nicht unwesentlichen landesplanerischen und städtebaulichen Auswirkungen zu rechnen ist (Bauprüfdienst 8/1997 großflächiger Einzelhandel) 		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL BSW / LP
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorhaben mit schutzwürdigen Nutzungen innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes eines Betriebsbereichs nach § 3 Absatz 5a des BImSchG (i. V. m. § 15 BauNVO)⁶ 		Bezirksamt / WBZ 2	BUE / IB 1 BSW / ABH 2 (Störfall-Bauko)
	§ 31 BauGB	Befreiungen (§ 31 Abs. 2 BauGB)			
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Befreiungen vom Bebauungsplan⁷ 		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL, betroffene Behörden und Träger öffentlicher Belange, BSW / LP
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überbauung festgesetzter Leitungsrechte 		Bezirksamt / WBZ 2	Leitungsunternehmen
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Befreiung von Lärmfestsetzungen des Bebauungsplans 		Bezirksamt / WBZ 2	BSW / LP
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Befreiungen für großflächigen Einzelhandel (§ 11 BauNVO, Zentrenkonzept, Zentrenschädigung) 		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL BSW / LP
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationspflicht gegenüber OD, WoK und BWVI bei planungsrechtlichen Entscheidungen⁸. 		Bezirksamt / WBZ 2	BSW / LP / A BWVI / VE 3
	§ 33 BauGB	Vorweggenehmigung von Vorhaben			
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ bei Bezirksplänen 		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL

⁶ Siehe § 59 Abs. 4 HBauO

⁷ Befreiungen von Grünordnungsplänen siehe Rechtsbereich „Naturschutz- und Landschaftspflege“

⁸ Senatsdrucksache Nr. 2012/01545 vom 10.07.2012. Siehe Bauinfobox (ABH) - Zugriff nur für Mitarbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		<ul style="list-style-type: none"> bei Senatsplänen und Bezirksplänen mit Flächennutzungsplanänderung 		Bezirksamt / WBZ 2	BSW / LP BUE / NGE 1
	§ 34 BauGB	Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL bzw. MR, BSW / LP / A BSW / LP
		<ul style="list-style-type: none"> Vorhaben mit schutzwürdigen Nutzungen innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes eines Betriebsbereichs nach § 3 Absatz 5a des BImSchG⁹ 			BUE / IB 1 BSW / ABH 2 (Störfall-Bauko)
		Herstellung des Benehmens nach § 18 Abs. 3 S. 1 BNatSchG ¹⁰		Bezirksamt / WBZ, SL oder MR	
	§ 35 BauGB	Außenbereich			
		<ul style="list-style-type: none"> zur Frage ob ein landwirtschaftlicher Betrieb privilegiert ist (§ 35 Abs. 1 BauGB) 		Bezirksamt / WBZ 2	BWVI / WL 1
		<ul style="list-style-type: none"> Beteiligung der einzelnen Stellen, die jeweils für die in § 35 Abs. 3 BauGB genannten Bereiche zuständig sind, insbesondere 		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL, MR, BSW / LP
		<ul style="list-style-type: none"> Vorhaben mit schutzwürdigen Nutzungen innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes eines Betriebsbereichs nach § 3 Absatz 5a des BImSchG (§ 35 Abs. 3 Nr. 3 BauGB)¹¹ 		Bezirksamt / WBZ 2	BUE / IB 1 BSW / ABH 2 (Störfall-Bauko)
		<ul style="list-style-type: none"> Informationspflicht gegenüber OD, WoK und BWVI bei planungsrechtlichen Entscheidungen¹² Hier: vor Zulassung von Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB, wenn Grün-, Park- und sonstige Freiflächen von mehr als 2000 m² und größten- 		Bezirksamt / WBZ 2	BSW / LP / A

⁹ Siehe § 59 Abs. 4 HBauO

¹⁰ Siehe auch Naturschutz, § 18 Abs. 3 BNatSchG

¹¹ Siehe § 59 Abs. 4 HBauO

¹² Senatsdrucksache Nr. 2012/01545 vom 10.07.2012. Siehe Bauinfobox (ABH) - Zugriff nur für Mitarbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		unabhängig im LAPRO dargestellte überörtliche Grünverbindungen betroffen sind			
		▪ Herstellung des Benehmens nach § 18 Abs. 3 BNatSchG ¹³		Bezirksamt / WBZ, SL oder MR	
	§ 37 BauGB	Entscheidung von planungsrechtlichen Abweichungen für bauliche Anlagen des Bundes und des Landes	Abweichung	BSW / ABH 2	
	§§ 45 ff. BauGB	Vorhaben im Geltungsbereich eines Umlagegebietes	Genehmigung nach § 51 BauGB	BSW / WSB 3	
	§ 109 BauGB	Enteignungsverfahren	Genehmigung nach § 109 BauGB	FB / Amt 1	
	§§ 136 ff. BauGB	Vorhaben im Bereich städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen			
		▪ Beschluss über den Beginn vorbereitender Untersuchungen nach § 141 Abs. 3 BauGB	Zurückstellung nach § 15 BauGB i. V. m. § 141 Abs. 4 BauGB	Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SR bzw. SL
		▪ förmlich festgelegtes Sanierungsgebiet nach § 142 Abs. 1 BauGB	Genehmigung nach § 144 Abs. 1 i. V. m. § 145 BauGB	Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SR bzw. SL
			Genehmigung zur Begründung, Änderung oder Aufhebung einer Baulast nach § 144 Abs. 2 Nr. 4 BauGB	Bezirksamt	Bezirksamt / SR bzw. SL
			Genehmigung der Teilung eines	Bezirksamt	Bezirksamt / SR bzw. SL

¹³ Siehe auch Naturschutz, § 18 Abs. 3 BNatSchG

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
			Grundstücks nach § 144 Abs. 2 Nr. 5 BauGB		
	§§ 165 ff. BauGB	Vorhaben im Geltungsbereich städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen			
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ vorbereitende Untersuchungen § 165 Abs. 4 BauGB 	Zurückstellung nach § 15 BauGB i. V. m. §§ 165 Abs. 4 und 141 Abs. 4 BauGB	Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SR bzw. SL
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklungsbereich § 165 ff. BauGB 	Genehmigung nach §§ 169 Abs. 1 i. V. m. § 145 Abs. 1 BauGB	Bezirksamt	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Liegenschaftsangelegenheiten nach §§ 166 Abs. 3, 168, 169 BauGB 		FB / LIG	
	§§ 171a ff. BauGB	Vorhaben im Geltungsbereich von Stadtumbaumaßnahmen			
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufstellungsbeschluss nach § 171b Abs. 1 BauGB i. V. m. § 171d BauGB 	Zurückstellung nach § 15 BauGB i. V. m. § 171d Abs. 2 BauGB	Bezirksamt WBZ 2	Bezirksamt / SL oder SR
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Veränderungssperre nach § 14 BauGB i.V.m. §§ 171d Abs. 1 und 16 Abs. 2 BauGB 	Ausnahme n. § 14 Abs. 2 BauGB	Bezirksamt WBZ 2	Bezirksamt / SL oder SR
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verordnung (Satzung) nach § 171d Abs. 1 BauGB 	Genehmigung nach § 171d Abs. 1, 4 BauGB i. V. m. § 173 BauGB	Bezirksamt WBZ 2	Bezirksamt / SL oder SR
	§§ 172 ff. BauGB	Vorhaben im Bereich eines Erhaltungsgebiets			

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		▪ Beschluss über die Aufstellung einer Erhaltungsverordnung nach § 172 Abs. 2 BauGB	Zurückstellung nach § 15 BauGB i. V. m. § 172 Abs. 2 BauGB	Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL
		▪ „Städtebauliche“ Erhaltungsverordnung ¹⁴ nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB	Genehmigung nach § 173 BauGB i. V. m. § 172 Abs. 1 BauGB	Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL oder SR
		▪ „Soziale“ Erhaltungsverordnung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB	Genehmigung nach § 173 BauGB i. V. m. § 172 Abs. 1 BauGB	Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL oder SR
		▪ Erhaltungsverordnung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB	Genehmigung nach § 173 BauGB i. V. m. § 172 Abs. 1 BauGB	Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL oder SR
	§ 246 Abs. 14 BauGB ¹⁵	Entscheidung über planungsrechtliche Abweichungen für Aufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünfte oder sonstige Unterkünfte für Flüchtlinge oder Asylbegehrende	Abweichung	BSW / ABH 2	
Bauordnungsrecht	HBauO i. V. m. GarVO, FeuVO, PVO, VstättVO, VkVO, BeVO	bauordnungsrechtliche Prüfung		Bezirksamt / WBZ 2	
	§§ 4, 5 HBauO	Erschließung, Zugänglichkeit			
		▪ bei Hauptverkehrsstraßen, Senatsplänen, Vorbehaltsgebieten		Bezirksamt / WBZ 2	BWVI / VE 3 BIS / VD 5
		▪ bei allen anderen Straßen		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / MR
		Wasserversorgung		Bezirksamt / WBZ 2	HWW

¹⁴ An die Stelle der „Satzung“ nach § 172 Abs. 1 BauGB tritt die Form der Rechtsverordnung des Senats (§ 4 Bauleitplanfeststellungsgesetz)

¹⁵ Befristet bis zum 31.12.2019

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		Abwassersammelgruben, Kleinkläranlagen, Abwasserableitung per Baulast über andere Grundstücke		BUE / IB 31	HSE / G 11
		Rettungs- und Löscharbeiten		Bezirksamt / WBZ 2	BIS / F 04
	§§ 12, 13 HBauO	Gestaltung, Werbung		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL oder MR
		▪ Mitwirkung OD bei Bauvorhaben mit besonderer Bedeutung für das Stadtbild ¹⁶		Bezirksamt / WBZ 2	BSW / LP / A
		▪ Werbung, die verkehrsgefährdend sein kann			
		- bei Hauptverkehrsstraßen		Bezirksamt / WBZ 2	BIS / PK
		- bei allen übrigen Straßen		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / MR i. V. m. BIS / PK
	§ 15 HBauO	Allgemeine Festlegung über die Beteiligung der BSU bei der Wahrnehmung bauaufsichtlicher Aufgaben der Bezirksamter und der HPA ¹⁷		Bezirksamt / WBZ 2	BSW / ABH 3
		▪ der zu errichtenden baulichen Anlage			
		▪ anderer vorhandener Anlagen, z. B. Gebäude an der Grundstücksgrenze von Nachbargrundstücken, unterirdische Tunnelanlagen oder Brückenbauwerke der S- und U-Bahn			
	§ 16 HBauO	Schutz gegen schädliche Einflüsse			
		▪ schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten (außer Kampfmittel)		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / VS 3 BUE / U 2

¹⁶ Senatsbeschluss Nr. 96/0234 vom 14.05.1996, Definition der Funktion des OD. Siehe BauinfoBox (ABH) - Zugriff nur für Mitarbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg.

¹⁷ vom 01. Oktober 2006 (Anlage 4 zur Senatsdrucksache 2006/1025 vom 8. August 2006, MittVw 7/2006 Seite 94) und Änderung vom 27. März 2009 (MittVw 3/2009 Seite 58). Siehe BauinfoBox (ABH) - Zugriff nur für Mitarbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ im Einwirkungsbereich von elektromagnetischen Feldern, 110 kV-Netz (26. BImSchV) 			Stromnetz Hamburg GmbH
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ im Einwirkungsbereich von elektromagnetischen Feldern, eigenes 110 kV-Netz der Deutschen Bahn (26. BImSchV) 			DB Energie GmbH
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ im Einwirkungsbereich von elektromagnetischen Feldern, 380 kV-Netz (26. BImSchV) 			50 Hertz Transmission GmbH
	§§ 17, 24 ff. HBauO	Brandschutz ¹⁸		Bezirksamt / WBZ 2	BIS / F 04 BSW / ABH 2 BSW / ABH 3 ¹⁹
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ zum Brandverhalten von Baustoffen und Bauarten ▪ Löschwasserversorgung (Hydranten) 			Hamburg Wasser (hier HWW)
	§ 19 HBauO	Verkehrssicherheit des öffentlichen Bahnverkehrs, z. B. <ul style="list-style-type: none"> ▪ erforderlicher Sichträume, ▪ Blendwirkung oder Beeinträchtigung der Sicht auf Signalanlagen durch Beleuchtung oder Werbeanlagen, 			AKN, EBA, DB Imm, BWVI / VM 3, HHA, HPA / B
	§ 19a HBauO	Anwendbarkeit nicht geregelter Bauarten <ul style="list-style-type: none"> ▪ bei Grundstücksentwässerungsanlagen 	Vorhabenbezogene Bauartgenehmigung	BUE / IB 31	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ im Übrigen 	Vorhabenbezogene Bauartgenehmigung	BSW / ABH 3	
	§ 20c HBauO	Nachweis der Verwendbarkeit von Bauprodukten im Einzelfall			

¹⁸ Siehe auch Rechtsbereich „Brandsicherheit“ auf Seite 15

¹⁹ Die Beteiligung in Brandschutzfragen erfolgt über ABH2

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		▪ bei Grundstücksentwässerungsanlagen	Zustimmung im Einzelfall	BUE / IB 31	
		▪ im Übrigen	Zustimmung im Einzelfall	BSW / ABH 3	
	§ 40 HBauO	Lüftungs-, Rauch- und Wärmeabzugsanlagen in Sonderbauten nach I 2.3 der Anlage zu § 60 HBauO (Allgemeine Festlegung über die Beteiligung der BSU bei der Wahrnehmung bauaufsichtlicher Aufgaben der Bezirksämter und der HPA) ²⁰		Bezirksamt / WBZ 2	BSW / ABH 3
	§ 41 HBauO	Feuerungsanlagen		Bezirksamt / WBZ 2	BSW / ABH 3
	§ 42 HBauO	Anlagen zum Sammeln und Beseitigen von Abwasser, Kleinkläranlagen		BUE / IB 31	
	§ 43 HBauO	Abfälle		Bezirksamt / WBZ 2	SRH / RT – 54
	§ 43a HBauO	Elektrische Anlagen in Sonderbauten nach I 2.3 der Anlage zu § 60 HBauO (Allgemeine Festlegung über die Beteiligung der BSU bei der Wahrnehmung bauaufsichtlicher Aufgaben der Bezirksämter und der HPA) ²¹		Bezirksamt / WBZ 2	BSW / ABH 3
	§ 48 HBauO	Notwendige Kfz-Stellplätze und Fahrradplätze		Bezirksamt / WBZ 2	
		▪ Abweichung von der FA „Notwendige Stellplätze und notwendige Fahrradplätze“	(Zustimmung)	Bezirksamt / WBZ 2	BSW / ABH 2 BWVI / VE 3

²⁰ vom 01. Oktober 2006 (Anlage 4 zur Senatsdrucksache 2006/1025 vom 8. August 2006, MittVw 7/2006 Seite 94) und Änderung vom 27. März 2009 (MittVw 3/2009 Seite 58). Siehe Bauinfobox (ABH) - Zugriff nur für Mitarbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg

²¹ vom 01. Oktober 2006 (Anlage 4 zur Senatsdrucksache 2006/1025 vom 8. August 2006, MittVw 7/2006 Seite 94) und Änderung vom 27. März 2009 (MittVw 3/2009 Seite 58). Siehe Bauinfobox (ABH) - Zugriff nur für Mitarbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
	§ 51 HBauO	Entscheidungen zum Brandschutz (Zustimmungsvorbehalte der BSU bei bauordnungsrechtlichen Abweichungsentscheidungen) ²²	(Zustimmung)	Bezirksamt / WBZ 2	BSW / ABH 2 (Bauko)
	§ 69 HBauO	Abweichungen vom Bauordnungsrecht		Bezirksamt / WBZ 2	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ bei Grundstücksentwässerungsanlagen, z. B. <ul style="list-style-type: none"> - § 4 Erschließung der Grundstücke, - § 42 Anlagen zum Sammeln und Beseitigen von Abwasser 		BUE / IB 31	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ beim Brandschutz (Zustimmungsvorbehalte der BSU bei bauordnungsrechtlichen Abweichungsentscheidungen²³) 	(Zustimmung)	Bezirksamt / WBZ 2	BSW / ABH 2 (Bauko)
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ bei Gestaltungsverordnungen (Zustimmungsvorbehalte der BSU bei bauordnungsrechtlichen Abweichungsentscheidungen²⁴) 	(Zustimmung)	Bezirksamt / WBZ 2	BSW / LP / A BSW / LP 3
	§ 81a HBauO	Einhaltung der technischen Baubestimmungen, z. B.		Bezirksamt / WBZ 2	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr 			BIS / F 04
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ DIN 18065 (Gebäudetreppen) Hier: Transport von Personen auf einer Trage (Nr. 6.3.3) i. V. m. § 32 HBauO ▪ DIN 18040 (Barrierefreies Bauen - Planungsgrundlagen) i.V. m. § 52 HBauO 			BIS / F 04 BSW / ABH 2
Abwasserbeseitigung	§§ 7, 8 und 10 HmbAbwG	Herstellung/Wiederinbetriebnahme Sielanschluss	Anschlussgenehmigung		
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ in Hamburg ▪ auf Neuwerk 		HSE / GE 11 HPA / L 137	

²² Senatsdrucksache Nr. 2012/01518. Siehe Bauinfobox (ABH) - Zugriff nur für Mitarbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg

²³ Senatsdrucksache Nr. 2012/01518. Siehe Bauinfobox (ABH) - Zugriff nur für Mitarbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg

²⁴ Senatsdrucksache Nr. 2012/01518. Siehe Bauinfobox (ABH) - Zugriff nur für Mitarbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
	§ 11a HmbAbwG	Abwassereinleitung mit <ul style="list-style-type: none"> - Einleitmengenbegrenzung für Niederschlagswasser, - nachteilig verändertem Niederschlagswasser, - gewerblichem/industriellem Abwasser 	Einleitungsgenehmigung		
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ auf Neuwerk ▪ im Übrigen 		HPA / L 137 BUE / IB	
Apothekenwesen	§ 1 ApoG i. V. m. § 4 ApBetrO	Apotheke		BGV / V 4	
Arbeitsschutz					
Arbeitsstätten	§ 3a ArbStättVO und Anhang Nrn. 1.1 – 2.3, 3.4 – 4.3 und 5.1, BioStoffV, DruckLV, LärmVibrationsArbSchV, ArbSchG	Arbeitsstätten ²⁵ , Arbeiten in Druckluft oder mit biologischen Arbeitsstoffen			
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Betriebe und Verwaltungen des Bundes (§ 21 Abs. 5 ArbSchG) ▪ im Übrigen 		Unfallkasse des Bundes BGV / V 3 – AS 2	
Gefahrstoffe	GefStoffV, ChemG	Gefahrstoffe/Asbest		BGV / V 3 – AS 2	
	§ 3 Abs. 1 ChemKlimaschutzV, Verordnung (EU) Nr. 517/2014 über fluorierte Treibhausgase	Bau und Betrieb von Kälte-, Klimaanlage oder Wärmepumpen, die fluorierte Treibhausgase enthalten		BUE / IB	
Gerätesicherheit	§ 15 BetrSichV ProdSG ProdSV	überwachungsbedürftige Anlagen, z. B. <ul style="list-style-type: none"> ▪ Dampfkesselanlagen, Füllanlagen für Druckgase oder Füllstellen, Tankstellen, 	Erlaubnis	BGV / V 2	

²⁵ Hierzu gehören auch besondere Wohnformen für pflegebedürftige und behinderte Menschen (Siehe BPD Besondere Wohnformen)

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		Lageranlagen für Füllstellen für leichtentzündliche Flüssigkeiten (§ 15 BetrSichV)			
		▪ Aufzugsanlagen (12. ProdSV)			
		▪ Druckgeräte (14. ProdSV)			
		▪ Explosionsschutz (11. ProdSV)			
		▪ Maschinen (9. ProdSV)			
Atomwesen	§§ 11 ff. StrlSchV	Bauliche Anforderungen des Strahlenschutzes		BGV / V 3 – AS 2	
	§ 20 RöV	Bauliche Anforderungen des Strahlenschutzes		BGV / V 3 – AS 2	
Bergrecht	§§ 108, 110 BBergG	Anpassung an Erfordernisse des Bergbaus	(Zustimmung)	LBEG	
	§ 127 BBergG	Bohrungen von mehr als 100 m, z. B. zur Erdwärmenutzung (Geothermie) ²⁶		LBEG	
Brandsicherheit	§§ 5-8 Feuerwehrgesetz	Risikovorsorge gefährlicher Objekte, z. B. ▪ Alarm- und Gefahrenabwehrpläne ▪ Feuerwehrpläne ▪ Bereitstellung von Löschmittel ▪ Hinweise über Lager- und Verarbeitungsgut ▪ Brandsicherheitswachen		BIS / F 04	
Bundesfernstraßen	§ 8 FStrG	▪ Sondernutzung freie Strecke	Erlaubnis/Vertrag	BWVI / VF 1	
		▪ Sondernutzung Ortsdurchfahrt	Erlaubnis/Vertrag	Bezirksamt / MR oder WBZ	
	§ 8a FStrG	Zufahrten, Zugänge	Erlaubnis	BWVI / VF 1	
	§ 9 FStrG	Vorhaben im Bereich Bundesfernstraßen	Ausnahme (Zustimmung)	BWVI / VF 1	

²⁶ In Abhängigkeit von der Stellungnahme des LBEG ist zu klären, ob und ggf. welche Teile eines Vorhabens zur Gewinnung der Erdwärme im Baugenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung bzw. in einem eigenständigen bergrechtlichen Verfahren zu prüfen sind.

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
Bundeswasserstraßen	§§ 10, 31 WaStrG	Anlagen an Bundeswasserstraßen		HPA / L 213	
Denkmalschutz²⁷	§ 8 DSchG	Vorhaben in unmittelbarer Umgebung eines Denkmals (Baudenkmäler, Ensembles, Gartendenkmäler und Bodendenkmäler)	Genehmigung	BKM / K 3	
		Ausnahme: ▪ Ensemble Frank'sche Siedlung	Genehmigung	Bezirksamt Hamburg-Nord / WBZ 2	
	§ 9 DSchG ²⁸	Veränderung eines geschützten Baudenkmal, Ensembles, Gartendenkmals gemäß § 4 DSchG	Genehmigung	BKM / K 3 AMH / Bodendenkmalpflege	
		Ausnahme: ▪ Ensemble Frank'sche Siedlung	Genehmigung	Bezirksamt Hamburg-Nord / WBZ 2	
	§ 9 DSchG	Veränderung eines Bodendenkmals gemäß § 4 DSchG	Genehmigung	AMH / Bodendenkmalpflege	
	§ 14 DSchG ²⁹	Änderung der Bodennutzung eines Bodendenkmals	Genehmigung	AMH / Bodendenkmalpflege	
	§ 16 DSchG ³⁰	Vorhaben im Grabungsschutzgebiet	Genehmigung	AMH / Bodendenkmalpflege	
Eisenbahnwesen	LEG/AEG	Landeseisenbahnen (öffentliche und nicht öffentliche)			
		▪ Bauliche Anlagen weniger als 40 m vom Gleis		BWVI / VM 3	
		▪ § 18 LEG (Schutzmaßnahmen)		BWVI / VM 3	
		▪ Außerbetriebliche Nutzung von Gebäuden		BWVI / VM 3	

²⁷ Auf die Anzeigepflicht nach § 17 DSchG bei Funden (bisher unbekanntem Bodendenkmälern), z. B. bei der Baudurchführung, wird hingewiesen

²⁸ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

²⁹ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

³⁰ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienst- stelle	sachverständige Stelle
		Eisenbahnen des Bundes (öffentliche und nicht öffentliche)			
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bauliche Anlagen weniger als 40 m vom Gleis 		EBA / Außenstelle Hamburg / Schwerin DB Imm	
	Hamburgisches Seilbahngesetz	Vorhaben entlang der Trasse von Seilbahnen		BWVI	
Forstwirtschaft	§ 4, 7a Landeswaldgesetz ³¹	Vorhaben im Wald	Genehmigung	BWVI / WL 33	
Gaststättenrecht	§ 2 ff. GastVO	bauliche Anlage der Gaststätte, Gaststättenbetriebsräume		Bezirksamt / VS 1 oder WBZ	
Gentechnik	§ 8 Abs. 2 GenTG	Gentechnische Anlagen der Sicherheitsstufe 1 bzw. 2		BUE / IB 1	
Gesundheitswesen					
Lebensmittel	LFGB, Verordnungen (EG) zum Lebensmittelrecht	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Herstellung und Handel mit Lebensmitteln, Futtermitteln oder Bedarfsgegenständen, ▪ Herstellung von Kosmetika oder Tabak ▪ Schlachtbetriebe 		Bezirksamt / VS	
Krankheitsbekämpfung/ Infektionsschutz	§ 13 ff. TrinkwV	Anlagen zur Versorgung mit Trink- und Brauchwasser		Bezirksamt / VS	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bereich Hafen und Flughafen 		Bezirksamt / VS	
	§§ 16, 33 und 36 IfSG i. V. m. §§ 4, 5 HmbKHG und § 13 HmbGDG § 3 HmbMedHygVO	Einrichtungen unter Hygieneaufsicht		Bezirksamt / GA 3	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Krankenhäuser ▪ Vorsorge-/Rehabilitationseinrichtungen ▪ Einrichtungen für ambulantes Operieren 			

³¹ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dialyseeinrichtungen ▪ Gemeinschaftseinrichtungen, in denen überwiegend Säuglinge, Kinder oder Jugendliche betreut werden ▪ Tageskliniken ▪ Zahnarztpraxen ▪ Praxen sonstiger Heilberufe ▪ sonstige Einrichtungen und Gewerbe, z. B. Labore 			
		Einrichtungen ohne Anzeigenotwendigkeit		Bezirksamt / GA 3	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen 			
	§ 16 IfSG	Allgemeine Maßnahmen		Bezirksamt / GA 3 bzw. VS	
	§ 37 IfSG	Anlagen zur Wassergewinnung und Wasserversorgung, Schwimm- und Badebecken		Bezirksamt / GA 3 bzw. VS	
	SeuchV HA 2005 i. V. m. IfSG	Gewerbebetriebe wie Piercingstudios, Fußpflege etc.		Bezirksamt / GA 3	
	§ 2 Abs.3 HmbPSchG, HmbPSchV	Bauliche Anforderungen an Raucherräume in Gaststätten		Bezirksamt / VS	
Gewerberecht	GewO	Genehmigungs- und überwachungsbedürftiges Gewerbe, z. B.	Erlaubnis	Bezirksamt / VS 1 oder WBZ	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaustellung von Personen (§ 33a GewO) ▪ Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO) 			
Glücksspielbetriebe/ Lotterien	GlüStV, HmbGlüÄndStVAG	Zulässigkeit von Wettvermittlungsstellen			
	§ 21 Abs. 2 GlüStV	Keine Vermittlung von Sportwetten im selben Gebäude oder Gebäudekomplex, in dem sich eine Spielbank oder Spielhalle befindet.		BIS / A21	

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
	§ 8 Abs. 4 HmbGlüÄndStVAG	Ausschluss von Wettvermittlungsstellen in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen oder im unmittelbaren baulichen Verbund mit einer solchen Einrichtung		BIS / A21	
	§ 21 Abs. 3 GlüStV	Organisatorische, rechtliche wirtschaftliche, personelle Trennung der Veranstaltung und Vermittlung von Sportwetten von Veranstaltung oder Organisation von Sportereignissen und dem Betrieb von Einrichtungen, in denen Sportveranstaltungen stattfinden		BIS / A21	
	§ 10a Abs. 5 GlüStV § 8 Abs. 1 S. 1 HmbGlüÄndStVAG	Zulässigkeit von Wettvermittlungsstellen; nicht mehr als 200 in Hamburg		BIS / A21	
Spielgeräte	HmbSpielhG	Zulässigkeit von Spielhallen			
	§ 25 Abs. 2 GlüStV	Verbot für Spielhalle, wenn in dem Gebäude oder Gebäudekomplex bereits zulässigerweise eine Spielhalle betrieben wird	Erlaubnis	Bezirksamt / VS 1 oder WBZ	
	§ 2 HmbSpielhG	Zulässigkeit von Spielhallen	Erlaubnis	Bezirksamt / VS 1 oder WBZ	
	§ 2 Abs. 2 Satz 1 HmbSpielhG	Verbot für Spielhalle, wenn in dem Gebäude oder Gebäudekomplex bereits zulässigerweise eine Spielhalle betrieben wird	Erlaubnis	Bezirksamt / VS 1 oder WBZ	
	§ 2 Abs. 2 Satz 3 HmbSpielhG	100 m [Fußweg] Mindestabstand zu Spielhallen, wenn Spielhalle im Bereich § 1 Nr. 1 und 2 der Wechsellichtverordnung (= Reeperbahn, Steindamm)	Erlaubnis	Bezirksamt / VS 1 oder WBZ	
	§ 2 Abs. 2 Satz 2 HmbSpielhG	500 m [Fußweg] Mindestabstand zu Spielhallen im Übrigen	Erlaubnis	Bezirksamt / VS 1 oder WBZ	
	§ 2 Abs. 2 Satz 4 HmbSpielhG	100 m [Fußweg] Mindestabstand zu Kinder- bzw. Jugendeinrichtungen	Erlaubnis	Bezirksamt / VS 1 oder WBZ	

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienst- stelle	sachverständige Stelle
	§ 2 Abs. 3 Satz 1 HmbSpielhG	Verbot für Spielhalle, wenn in dem Gebäude oder Gebäudekomplex bereits zulässiger- weise eine Annahmestelle für Sportwetten oder eine Spielbank betrieben werden	Erlaubnis	Bezirksamt / VS 1 oder WBZ	
	§ 4 HmbSpielhG	Anforderungen an die äußere Gestaltung von Spielhallen (u. a. Werbung)	Erlaubnis	Bezirksamt / VS 1 oder WBZ	
Grün- und Erho- lungsanlagen	§ 4 Gesetz über Grün- und Erholungsanlagen	Benutzung von öffentlichen Grün- und Erho- lungsanlagen	Erlaubnis	Bezirksamt / MR oder WBZ 3	
	Verordnung zum Schutz der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen				
Hafen und Schifffahrt					
Hafenentwicklung	§ 3 HafenEG	Hafenerweiterungsgebiet	Ausnahme	HPA / S 41	
	§ 6 HafenEG	Hafennutzungsgebiet	Ausnahme	HPA / S 41	
	§ 8 (2) HafenEG	Veränderungssperre	Ausnahme	HPA / S 41	
Hafenverkehr und Schifffahrt	§ 42 HafenverkehrsO	Schiffahrtspolizeiliche Belange bei Baumaß- nahmen auf oder an Hafengewässern	Erlaubnis	HPA / OH	
	§ 42 HafenverkehrsO	Schiffahrtspolizeiliche Belange bei Baumaß- nahmen auf oder an Alster und ihren Kanälen und Fleeten	Erlaubnis	BUE / U 1	
Hafensicherheit	HafenSG	Sicherheit im Hafen (Schutz vor terroristi- schen Anschlägen, im Zusammenhang mit der Beförderung gefährlicher Güter)		BIS / WSP 031 / DA Hafensicherheit	
Kleingartenwesen	BkleingG	Bauliche Anlagen in Kleingärten		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / MR BUE / NGE 1
Klimaschutz/	§ 4,5 HmbKliSchVO	Anforderungen an Gebäude	Befreiung	Bezirksamt / WBZ 2	BSW / ABH 3
Energieeinsparung	§ 24,25 EnEV	Wärmeschutz, Energieeinsparung	Ausnahme/ Befreiung	Bezirksamt / WBZ 2	BSW / ABH 3

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein . . . ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
	EnEG	Vermeidung von Energieverlusten (Allgemeine Festlegung über die Beteiligung der BSU bei der Wahrnehmung bauaufsichtlicher Aufgaben der Bezirksämter und der HPA ³²		Bezirksamt / WBZ 2	BSW / ABH 3
	§ 9 EEWärmeG	Verzicht auf erneuerbare Energien	Ausnahme/Befreiung		BSW / ABH 3
Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft					
Veterinärwesen	TierSchG, TierSchHuV, TierGesG, TierSeuchErV, TierSchNutzV	Tierhaltung/Schutz vor Tierseuchen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Nutztier-, Hunde- oder sonstige Tierhaltung ▪ Vorbeugung von Erkrankungen bei Nutztieren ▪ Tierklinik, Tierarztpraxis ▪ Räume zum Arbeiten mit Tierseuchenerregern 		Bezirksamt / VS	
	TierNebG	Beseitigung tierischer Nebenprodukte <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verarbeitung, Behandlung und Entsorgung tierischer Nebenprodukte ▪ Pasteurisierung tierischer Nebenprodukte ▪ Anforderungen an Biogas- oder Kompostierungsanlagen 		Bezirksamt / VS	
Landwirtschaftliches Bodenrecht	§ 34 FlurbG	Nutzungsänderung	(Zustimmung)	LGV / Z ³³	
Luftverkehr	§§ 12-17 LuftVG	Bauschutzbereich im Bereich von nicht militärischen Flug- und Landeplätzen	(Zustimmung)	BWVI / VP 3	
		Bauschutzbereich des militärischen Flug- und Landeplatzes Nordholz (Nähe Neuwerk)		BAIUDBw / Infra I 3	

³² vom 01. Oktober 2006 (Anlage 4 zur Senatsdrucksache 2006/1025 vom 8. August 2006, MittVw 7/2006 Seite 94) und Änderung vom 27. März 2009 (MittVw 3/2009 Seite 58). Siehe Bauinforbox (ABH) - Zugriff nur für Mitarbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg

³³ Die BSW hat ihre zuständigen Aufgaben als Flurbereinigungsbehörde nach der Anordnung zur Durchführung des Flurbereinigungsgesetzes dem LGV übertragen

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
	§ 18a LuftVG	Störung von Flugsicherungseinrichtung (Vorhaben auf Neuwerk, wie Windenergieanlagen, Funktürme oder -masten sowie Hochbauten mit einer Höhe von mehr als 30 m über Grund)		BAIUDBw / Infra I 3	
Naturschutz und Landschaftspflege	§ 4 Baumschutzverordnung ³⁴	Baumbestand außerhalb des Hafengebietes	Ausnahme	Bezirksamt / WBZ 3, WBZ 4 oder MR	
		Baumbestand im Hafennutzungsgebiet	Ausnahme	HPA / S 43 / N	
		Baumbestand auf den Friedhöfen von <i>Hamburger Friedhöfe AöR</i>	Ausnahme	Hamburger Friedhöfe AöR	
	§ 5 Abs. 2 des Art. 2 des Gesetz zur Neuregelung des Hmb. Landesrechts auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege ³⁵	Grünordnungspläne			
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Befreiungen ▪ im Übrigen 	Befreiung	BUE / NGE 1	
				BUE / NGE 1 oder Bezirksamt / WBZ	
	§§ 14, 15, 17 BNatSchG, §§ 6, 8 HmbB-NatSchAG ³⁶	Eingriff in Natur und Landschaft		Bezirksamt / MR; SL oder WBZ	
		im Hafengebiet		HPA / S 43 / N	
	§ 18 Abs. 3 BNatSchG	Herstellung des Benehmens bei Entscheidungen nach §§ 35 Abs. 1, 4 und § 34 BauGB ³⁷	(Benehmen)	Bezirksamt / WBZ, SL oder MR	

³⁴ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

³⁵ HmbGVBl. Nr.18, Jahrgang 2010, Seite 350, insbesondere Seite 369

³⁶ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

³⁷ Siehe Bauplanungsrecht/Städtebaurecht, § 35 und § 34 BauGB

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		Im Hafengebiet	(Benehmen)	HPA / S 43 / N	
	§ 22 Abs. 3 BNatSchG i. V. m. § 10 Abs. 3 HmbBNatSchAG	<ul style="list-style-type: none"> ▪ einstweilig sichergestellte Teile von Natur und Landschaft ▪ Untersagung der Veränderung von Natur und Landschaft 		BUE / NGE 3	
	§ 23 BNatSchG i. V. m. § 10 HmbBNatSchAG und den NaturschutzgebietsVO ³⁸	Vorhaben im Naturschutzgebiet	Befreiung	BUE / NGE 3 oder Bezirksamt / WBZ, SL oder MR	
	§ 26 BNatSchG i. V. m. § 10 HmbBNatSchAG ³⁹ und den LandschaftsschutzVO	Vorhaben im Landschaftsschutzgebiet	Ausnahme / Genehmigung / Zulassung / Zustimmung	Bezirksamt / WBZ, SL oder MR	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Befreiungen 	Befreiung	BUE / NGE 3	
	§ 28 BNatSchG i. V. m. § 10 HmbBNatSchAG und NaturdenkmalVO ⁴⁰	Vorhaben im Naturdenkmal	Befreiung	BUE / NGE 3	
	§ 39 Abs. 5 BNatSchG	Fällen von Bäumen in der Vegetationsperiode	Befreiung	Bezirksamt / WBZ oder MR	
	§ 39 Abs. 6 BNatSchG ⁴¹	Winterquartiere von Fledermäusen		BUE / NGE 3	
	§ 41 BNatSchG	Vogelschutz an Energiefreileitungen		BUE NGE 3	

³⁸ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

³⁹ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

⁴⁰ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

⁴¹ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein . . . ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
	§ 30 BNatSchG i. V. m. § 14 HmbBNatSchAG und der Anlage zum Gesetz ⁴²	Gesetzlich geschützte Biotope	Ausnahmegenehmigung, Befreiung	BUE / NGE 3	
	§ 43 BNatSchG i. V. m. § 16 HmbBNatSchAG	Tiergehege	(Anzeige)	Bezirksamt / VS 2	
	§ 42 BNatSchG	Zoos	Genehmigung	BUE / NGE 3	
	§§ 44, 45 BNatSchG ⁴³	Besonders geschützte Arten	Ausnahme Befreiung	BUE / NGE 3 BUE / NGE 3	
	§§ 33, 34 BNatSchG ⁴⁴	Schutz von Natura 2000-Gebieten	Befreiung	BUE / NGE 3	
	§ 61 BNatSchG i.V.m. § 15 HmbBNatSchAG ⁴⁵	Vorhaben an Gewässern und Uferzonen	Ausnahme § 61 Abs. 3	Bezirksamt / WBZ oder MR	
	§ 5 Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer	Vorhaben im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer		BUE / NGE 3	
Personenbeförderung	§ 28 Abs. 2 PBefG, § 60 BOStrab	U-Bahn, Straßenbahn	Genehmigung	BWVI / VM 3	
Sozialhilfe- und Wohlfahrtswesen	§§ 8 Abs. 1, 16 Abs. 1 S. 1, 19 S. 1 HmbWBG, WBBauVO	Anforderungen an <ul style="list-style-type: none"> ▪ Servicewohnanlagen ▪ Wohneinrichtungen ▪ Gasteinrichtungen (Hospize, Einrichtungen 	Befreiung	Bezirksamt / GA	

⁴² Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

⁴³ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

⁴⁴ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

⁴⁵ Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		der Tages- und Nachtpflege, Kurzzeitpflegeeinrichtungen)			
Sozialrecht	§ 45 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SGB VIII	Räumliche Voraussetzungen für den Betrieb einer Kindertageseinrichtung	⁴⁶	BASFI / FS 342	
Sprengstoffrecht	§§ 18, 25 SprengG, i. V. m. 2. SprengV	Lagerung von Explosivstoffen sowie explosionsgefährlichen Stoffen in kleinen Mengen außerhalb eines Lagers ⁴⁷ Ausnahme: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufbewahrung „kleiner Mengen“ (i. S. der 2. SprengV) von bestimmten pyrotechnischen Gegenständen (Kategorie 1 oder 2 sowie der Kategorie T1 - [§ 6 der 2. SprengV] in Warenhäusern, Kaufhallen oder ähnlichen Verkaufsgeschäften 		BGV / V3	
				Bezirksamt	
Umweltschutz					
Immissionsschutz	§ 3 Abs. 3 und 5 Nr. 1 und 3 BImSchG (Betriebsstätten, sonstige ortsfeste Einrichtungen, Grundstücke), §§ 22 ff. BImSchG	Schädliche Umweltauswirkungen von nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen nach BImSchG		Bezirksamt / VS 3 ⁴⁸	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ im räumlichen und betrieblichen Zusammenhang mit immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen (§ 4 BImSchG) <ul style="list-style-type: none"> ○ alle Anlagen außer nicht thermische Abfallentsorgungsanlagen 		BUE / IB 1	

⁴⁶ Die „Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung“ (§ 45 Abs. 1 SGB VIII) wird nicht Bestandteil der Baugenehmigung, weil sie personenbezogene Anforderungen beinhaltet.

⁴⁷ Die Lagerung von größeren Mengen erfordert eine Lagergenehmigung nach § 17 SprengG durch BGV/V3 bzw. einer Genehmigung nach § 4 BImSchG i. V. m. 4. BImSchV durch BUE/IB. Beide Genehmigungsverfahren schließen andere das Lager bzw. die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen ein, z. B. die Baugenehmigung (§ 17 Abs. 1 Satz 2 SprengG, § 13 BImSchG). In diesen Fällen entfällt ein Baugenehmigungsverfahren bei der Bauaufsichtsbehörde (§ 59 Absatz 1 Satz 2 HBauO).

⁴⁸ BUE / IB 2 steht der Fachrechtsdienststelle als sachverständige Dienststelle zur Verfügung

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		<ul style="list-style-type: none"> ○ nicht thermische Abfallentsorgungsanlagen 		BUE / U 3	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anlagen in Betriebsbereichen von Störfallbetrieben (§ 3 Abs. 5a BImSchG)⁴⁹ <ul style="list-style-type: none"> ○ alle Anlagen außer nicht thermische Abfallentsorgungsanlagen ○ nicht thermische Abfallentsorgungsanlagen 		BUE / IB 1	
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ für die von der HPA betriebenen Anlagen und von dieser ausgeführte Strom- und Hafengebäuden sowie die Hafengebäude und Wasserfahrzeuge, soweit sie nicht unter § 38 BImSchG fallen 		HPA	
	§ 22 der 1. BImSchV	Feuerungsanlagen	Ausnahme	Bezirksamt / VS	
	§§ 7,8 der 26. BImSchV	Sendefunkanlagen/Telekommunikationsend-einrichtungen		Bezirksamt / WBZ 2	
			Ausnahme	Bezirksamt / WBZ 2	
	§ 4 BEMFV i. V. m. FTEG	Begrenzung elektromagnetischer Felder, Standortbescheinigung der Bundesnetzagentur ⁵⁰		Bundesnetzagentur	
	§ 5 FluLärmG	Bauverbot im Lärmschutzbereich des Verkehrsflughafens Hamburg	Ausnahme	Bezirksamt / WBZ 2	BSW / LP 1 BUE / IB 2 (Fluglärmschutzbeauftragte/r - FLSB) ⁵¹
	§ 6 FluLärmG	Schallschutzanforderungen an zulässige bauliche Anlagen		Bezirksamt / WBZ 2	BUE / IB 2

⁴⁹ Insbesondere, sofern noch nicht erfolgt, zur Prüfung der Notwendigkeit der Durchführung eines Anzeigeverfahrens nach § 23a BImSchG zur Feststellung, ob ein störfallrechtliches Genehmigungsverfahren nach § 23b BImSchG (mit Konzentrationswirkung) durchzuführen ist. Im Rahmen von Beratung und Auskunft vor Antragstellung sollte Bauherrinnen und Bauherren frühzeitig der Kontakt zu den zuständigen Stellen der BUE vermittelt werden. Sofern ein störfallrechtliches Genehmigungsverfahren durchzuführen ist, entfällt aufgrund dessen „Konzentrationswirkung“, das Baugenehmigungsverfahren.

⁵⁰ Einzureichende Bauvorlage

⁵¹ Beteiligungspflicht nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 6 Abs. 2 FLSBG

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
	FluLärmHmbV	Lärmschutzbereiche des Verkehrsflughafens Hamburg		Bezirksamt / WBZ 2	BUE / IB 2
Bodenschutz	§ 5 BBodSchG	Entsiegelungsgebot ▪ im Hafengebiet ▪ im Übrigen	Entsiegelungsgebot	HPA / S 43 / B Bezirksamt / VS oder VS 3	
Umweltverträglichkeit	HmbUVPG ⁵²	UVP-Pflicht		Bezirksamt / WBZ 2	Bezirksamt / SL oder MR
Abfallrecht	§ 11 HmbAbfG	Anschluss- und Benutzungspflicht		SRH / SRH / RT - 54	
	AbfBenVO	Abfallentsorgungseinrichtungen		SRH / SRH / RT - 54	
	AltpapierVO BioAbfVO HWTVO	Verpflichtung zur Getrennsammlung von Bioabfall, Altpapier, Wertstoffe		SRH / SRH / RT - 54	
	§§ 1, 2 KrWG i. V. m. § 2 Abs. 2 S. 1 NachwV und § 3 Abs. 1 AVV	Überschreitung der Kleinmengen von insgesamt 2 Tonnen gefährlicher Abfälle jährlich bei der Erzeugung oder Bewirtschaftung von Abfällen		BUE / IB	
Verkehrsrecht	§ 45 StVO (außer Abs.2)	Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehrsraum außerhalb des direkten Einflussbereiches von Signalanlagen		BIS / PK	
		Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehrsraum im direkten Einflussbereich von Signalanlagen		BIS / VD 5	
Verteidigung	§§ 1, 3 SchBerG	Vorhaben im Schutzbereich einer Verteidigungsanlage, z. B. in Appen (Gemarkungen Rissen und Sülldorf)	Genehmigung Befreiung	BAIUDBw / K4	

⁵² Bei Prüfung der Zulässigkeit des vorzeitigen Baubeginns nach § 72a Absatz 1 HBauO besonders zu beachten

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
Waffenrecht	§ 27 WaffG i. V. m. § 3 HBauO i. V. m. den Schießstandrichtlinien	Schießstand		BIS / J 4	
Wasserrecht					
Gewässerschutz	§ 9 WHG, Erlaubnis nach §§ 8, 10 WHG	Entnahme von Wasser aus einem oberirdischen Gewässer sowie Einleiten von Stoffen, z. B. Abwässer, Grundwasser, in ein oberirdisches Gewässer			
		▪ Hafen/Elbe, Außen-/Binnenalster, Untere Bille	Erlaubnis	BUE / IB	
		▪ im Übrigen	Erlaubnis	Bezirksamt / MR oder WBZ 4	
	§ 10 i. V. m. §§ 8, 13 WHG	Grundwasserbenutzungen wie z. B. ▪ Grundwasserförderung ▪ Versickerung von Niederschlagswasser, vorgeklärtem Abwasser oder Grundwasser ▪ Einbau von Ersatzbaustoffen in den Untergrund ▪ Erdwärmennutzung (Geothermie)	Erlaubnis	BUE / U 1	
	§ 15 HWaG	Vorhaben in, an und über Gewässern I. und II. Ordnung	wasserrechtliche Genehmigung		
		▪ im Gebiet nach Abschn. III der wasserrechtlichen Zuständigkeitsanordnung		HPA / L 213	
		▪ nach Abschn. II der wasserrechtlichen Zuständigkeitsanordnung		Bezirksamt / MR oder WBZ 4	
		▪ im Übrigen		BUE / U 1	
	§ 52 WHG i. V. m. WasserschutzgebietsVO	Vorhaben in Wasserschutzgebieten	Befreiung		
		▪ bei Betrieben in Zone III		BUE / IB	

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ bei AwSV-Anlagen ▪ im Übrigen 		BUE / IB	
				BUE / U 1	
	§§ 62, 63 WHG i. V. m. § 28 HWaG und AwSV	Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	wasserrechtl. Eignungsfeststellung		
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ bei sog. privaten Heizölanlagen außerhalb des Hafengebietes ▪ im Übrigen 		Bezirksamt / WBZ 2 oder 3	
				BUE / IB	
	§ 46 WHG	Grundwasserförderung		BUE / U 1	
	§ 32b HWaG i. V. m. § 3 NiederschlagswasserversickerungsVO	Niederschlagsversickerung auf Wohngrundstücken		BUE / U 1	
Hochwasserschutz	§ 76, 78, 78a, c, d WHG	Überschwemmungsgebiete an oberirdischen Gewässern, Hochwasserentstehungsgebiet ⁵³			
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ im Gebiet nach Abschn. III der wasserrechtlichen Zuständigkeitsanordnung 	Genehmigung (§ 78 Abs. 5 WHG), Zulassung (§ 78a Abs. 2 WHG, Ausnahme (§ 78c Abs. 1 WHG), Genehmigung (§ 78d Abs. 4 WHG) Ausnahme ⁵⁴ , (Anzeige § 78 Abs. 6 Satz 2 WHG, Anzeige § 78c Abs.2 WHG)	HPA / L 213	

⁵³ Aktuell gibt es keine gesetzlichen Hochwasserentstehungsgebiete in Hamburg (Stand 21.02.2018)

⁵⁴ Nach den Verordnungen über Überschwemmungsgebiete, z. B. § 5 der Verordnung über das Überschwemmungsgebiet der Brookwetterung

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
		▪ nach Abschn. II der wasserrechtlichen Zuständigkeitsanordnung	Genehmigung (§ 78 Abs. 5 WHG), Zulassung (§ 78a Abs. 2 WHG, Ausnahme (§ 78c Abs. 1 WHG), Genehmigung (§ 78d Abs. 4 WHG) Ausnahme ⁵⁵ , (Anzeige § 78 Abs. 6 Satz 2 WHG, Anzeige § 78c Abs.2 WHG)	Bezirksamt / MR oder WBZ 4	
	§ 3a HWaG § 9 DeichO	Öffentliche Hochwasserschutzanlage außerhalb des Hafengebietes gemäß Abschn. I der wasserrechtlichen Zuständigkeitsanordnung	Deichrechtliche Genehmigung	LSBG / G 4 ⁵⁶	
		Öffentliche Hochwasserschutzanlage im Hafengebiet gemäß Abschn. III der wasserrechtlichen Zuständigkeitsanordnung	Deichrechtliche Genehmigung	HPA / L 213	
	§ 3a HWaG §§ 17,18 PolderO	Private Hochwasserschutzanlage außerhalb des Hafengebietes gemäß Abschn. I der wasserrechtlichen Zuständigkeitsanordnung	Polderrechtliche Genehmigung	LSBG / G 4	
		Private Hochwasserschutzanlage im Hafengebiet gemäß Abschnitt III. der wasserrechtlichen Zuständigkeitsanordnung	Polderrechtliche Genehmigung	HPA / L 213	
	§ 53 HWaG	Hochwassergefährdeter Bereich im Tidegebiet der Elbe	Genehmigung	HPA / L 213 Bezirksamt / MR oder WBZ 4	

⁵⁵ Nach den Verordnungen über Überschwemmungsgebiete, z. B. § 5 der Verordnung über das Überschwemmungsgebiet der Brookwetterung

⁵⁶ Der LSBG handelt als Dienstleister für die fachlich zuständige Dienststelle, hier der BUE (Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft)

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein ... ⁵	Fachrechtsdienststelle	sachverständige Stelle
	§ 63 b HWaG	Aufenthalt/Übernachten/Wohnen in Außen-deichgebieten	Ausnahme	HPA / L 213 Bezirksamt / MR oder WBZ 4	
	§§ 7 ff. FISchutzV	Flutschutz Hafencity		LSBG / G 4	
Wegerecht	§ 18 HWG	Überfahrten	Erlaubnis	Bezirksamt / MR	
	§ 19 (1) HWG	Sondernutzungen, z. B. Werbeanlagen, Vor-dächer, Wärmedämmverbundsysteme ⁵⁷	Sondernutzungs-erlaubnis über 6 Monate	Bezirksamt / MR oder WBZ 3	
	§ 19 (5) HWG	Langfristige Sondernutzung für bauliche Anla-gen	Sondernutzungsver-trag ⁵⁸	Bezirksamt / MR oder WBZ 3	
	§ 25 HWG	Private Verkehrsflächen	Erlaubnis	Bezirksamt / MR oder WBZ 3	
	§ 26 HWG	Höhenanweisung		Bezirksamt / MR oder WBZ 3	
	vorgenannte Aufgaben	im Bereich des Hamburger Hafens		HPA / L 22	
Wohnungsbau-wesen	§ 9 bis 11 HmbWoSchG	Zweckentfremdung von Wohnraum	Genehmigung	Bezirksamt / VS bzw. GS	
	§ 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 HmbWoFG auch i. V. m. § 6 Abs. 3 Satz 1 HmbWoBindG	Nutzung von Mietwohnraum zu anderen Zwe-cken, bauliche Änderung von Mietwohnraum	Genehmigung	Bezirksamt / VS bzw. GS	

⁵⁷ Die Prüfung der Zulässigkeit von Maßnahmen, die die Bauausführung betreffen, findet nicht statt (§ 62 Abs. 1 Satz 2 HBauO), z. B. Baustellenzufahrten, Baustelleneinrichtungen auf öffentli-chem Grund

⁵⁸ Der Sondernutzungsvertrag ist gesondert abzuschließen und wird zum Bestandteil der Baugenehmigung erklärt

Rechtsbereich	Rechtsvorschrift	Sachverhalt	Baugenehmigung schließt behördliche Entscheidung ein . . . ⁵	Fachrechtsdienst- stelle	sachverständige Stelle
Wohnwagen	§ 2 Wohnwagengesetz	Wohnwagenstandplätze	(Zustimmung)	BSW / RS, BSW / LP / A	
Zivilschutz	§§ 7, 8 ZSKG	Veränderungen an öffentlichen Schutzräumen und Hausschutzräumen	(Zustimmung)	BSW / ABH 33	

Anlage 2 – Abkürzungen der Rechtsvorschriften

Abkürzung	Bundes-/ Landes-/ Europa- recht	Rechtsgrundlage
AbfbenVO	L	Abfallbehälterbenutzungsverordnung
AEG	B	Allgemeines Eisenbahngesetz
ApBetrO	B	Apotheken-Betriebsordnung
ApoG	B	Apothekengesetz
AltpapierVO	L	Verordnung über die getrennte Erfassung von Altpapier (Altpapierverordnung)
ArbSchG	B	Arbeitsschutzgesetz
ArbStättV	B	Verordnung über Arbeitsstätten
AtG	B	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren
AVV	B	Abfallverzeichnis-Verordnung
AwSV	B	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
BauGB	B	Baugesetzbuch
Baumschutzverordnung	L	Verordnung zum Schutz des Baumbestandes und der Hecken in der Freien und Hansestadt Hamburg
BauNVO	B	Baunutzungsverordnung
BBergG	B	Bundesberggesetz
BBodSchG	B	Bundes-Bodenschutzgesetz
BEMFV	B	Verordnung über das Nachweisverfahren zur Begrenzung elektromagnetischer Felder
BetrSichV	B	Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Verwendung von Arbeitsmitteln (Betriebssicherheitsverordnung)
BeVO	L	Verordnung über den Bau und Betrieb von Beherbergungsstätten (Beherbergungsstättenverordnung)
BImSchG	B	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchV	B	Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
1. BImSchV	B	Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen
12. BImSchV	B	Störfall-Verordnung
26. BImSchV	B	Verordnung über elektromagnetische Felder
32. BImSchV	B	Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung
BioAbfVO	L	Verordnung über die getrennte Erfassung von Bioabfällen (Bioabfallverordnung)
BioStoffV	B	Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Tätigkeiten mit biologischen Arbeitsstoffen
BKleingG	B	Bundeskleingartengesetz
BNatSchG	B	Bundesnaturschutzgesetz
BOStrab	B	Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen
BPVO	L	Baupolizeiverordnung
ButtV	B	Verordnung über Butter und andere Milchstreichfette (Butterverordnung)
ChemG	B	Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen
ChemKlimaschutzV	B	Verordnung zum Schutz des Klimas vor Veränderungen durch den Eintrag bestimmter fluorierter Treibhausgase (Chemikalien- Klimaschutzverordnung)

Abkürzung	Bundes-/ Landes-/ Europa- recht	Rechtsgrundlage
DeichO	L	Verordnung über öffentliche Hochwasserschutzanlagen (Deichordnung)
DSchG	L	Denkmalschutzgesetz
DruckLV	B	Verordnung über Arbeiten in Druckluft
EEWärmeG	B	Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich
EnEG	B	Energieeinspargesetz
EnEV	B	Energieeinsparverordnung
FeuVO	L	Feuerungsverordnung
FLSBG	L	Gesetz über die Beauftragte oder den Beauftragten für den Fluglärmschutz (Fluglärmschutzbeauftragtengesetz)
FluLärmG	B	Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm
FluLärmHmbV	L	Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Hamburg (Fluglärmschutzverordnung Hamburg)
FlurbG	B	Flurbereinigungsgesetz
FISchuV	L	Verordnung zum Schutz vor Sturmfluten im Gebiet der HafenCity (Flutschutzverordnung HafenCity)
FStrG	B	Bundesfernstraßengesetz
FTEG	B	Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen
GarVO	L	Garagenverordnung
GastVO	L	Verordnung über den Betrieb von Gaststätten
GefStoffV	B	Verordnung zum Schutz vor Gefahrstoffen
	L	Gesetz zum Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag
GewO	B	Gewerbeordnung
GGBVOHH	L	Gefahrgut- und Brandschutzverordnung Hafen Hamburg
GlüStV	L	Glücksspielstaatsvertrag
GrünanlagenG	L	Gesetz über Grün- und Erholungsanlagen
HafenEG	L	Hafenentwicklungsgesetz
HafenSG	L	Hafensicherheitsgesetz
HafenverkehrsO ⁵⁹	L	Verordnung über den Verkehr im Hamburger Hafen und auf anderen Gewässern (Hafenverkehrsordnung)
HBauO	L	Hamburgische Bauordnung
HmbAbfG	L	Hamburgisches Abfallwirtschaftsgesetz
HmbAbwG	L	Hamburgisches Abwassergesetz
HmbBNatSchAG	L	Hamburgisches Gesetz zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes
HmbGDG		Hamburgisches Gesundheitsdienstgesetz
HmbGlüÄndStVAG	L	Hamburgisches Gesetz zur Ausführung des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrages (Hamburgisches Glücksspieländerungsstaatsvertrags - Ausführungsgesetz)
HmbKatSG	L	Hamburgisches Katastrophenschutzgesetz
HmbKHG	L	Hamburgisches Krankenhausgesetz
HmbKliSchG	L	Hamburgisches Klimaschutzgesetz
HmbKliSchVO	L	Hamburgische Klimaschutzverordnung
HmbMedHygVO	L	Hamburgische Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen

⁵⁹ Keine amtliche Abkürzung

Abkürzung	Bundes-/ Landes-/ Europa- recht	Rechtsgrundlage
HmbPSchG	L	Hamburgisches Passivraucherschutzgesetz
HmbPSchV	L	Hamburgische Passivraucherschutzverordnung
HmbSpielhG	L	Hamburgisches Spielhallengesetz
HmbUVPg	L	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg
HmbWBG	L	Hamburgisches Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz
HmbWoBindG	L	Gesetz zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen in der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Wohnungsbindungsgesetz)
HmbWoFG	L	Gesetz über die Wohnraumförderung in der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Wohnraumförderungsgesetz)
HmbWoSchG	L	Hamburgisches Gesetz über den Schutz und die Erhaltung von Wohnraum (Hamburgisches Wohnraumschutzgesetz)
HWaG	L	Hamburgisches Wassergesetz
HWG	L	Hamburgisches Wegegesetz
HWTVO	L	Verordnung über die getrennte Erfassung von verwertbaren Abfällen in der Hamburger Wertstofftonne (Verordnung zur Hamburger Wertstofftonne)
IfSG	B	Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen
KlimaSchG	L	Klimaschutzgesetz
KrWG	B	Kreislaufwirtschaftsgesetz
LärmVibrationsArbSchV	L	Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdungen durch Lärm und Vibrationen
LEG	L	Landeseisenbahngesetz
LFGB	B	Lebens- und Futtermittelgesetzbuch
LuftVG	B	Luftverkehrsgesetz
LWaldG	L	Landeswaldgesetz
NachwV	B	Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung)
Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer ⁶⁰	L	Gesetz über den Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer
NiederschlagswasserversickerungsVO ⁶¹	L	Niederschlagswasserversickerungsverordnung
PBefG	B	Personenbeförderungsgesetz
PolderO	L	Verordnung über private Hochwasserschutzanlagen (Polderverordnung)
ProdSG	B	Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)
ProdSV	B	Verordnungen zum Produktsicherheitsgesetz (z. B. die Aufzugsverordnung - 12. ProdSV)
PVO	L	Verordnung über Prüfsachverständige und Technische Prüfungen (Prüfverordnung)
Richtlinie 2012/18/EU (Seveso-III-Richtlinie)	E	Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 04. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates
RöV	B	Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen
SchBerG		Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsgesetz)

⁶⁰ Keine amtliche Abkürzung

⁶¹ Keine amtliche Abkürzung

Abkürzung	Bundes-/ Landes-/ Europa- recht	Rechtsgrundlage
SeuchV HA 2005	L	Verordnung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten (Hygiene-Verordnung)
SGB VIII	B	Sozialgesetzbuch - Achtes Buch - Kinder- und Jugendhilfe
StrlSchV	B	Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen
StVO	B	Straßenverkehrsordnung
TierGesG	B	Gesetz zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen
TierNebG	B	Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz
TierSchG	B	Tierschutzgesetz
TierSchHuV	B	Tierschutz-Hundeverordnung
TierSchNutzV	B	Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung
TierSeuchErV	B	Tierseuchenerreger-Verordnung
TrinkwV	B	Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch
Verordnung (EU) Nr. 517/2014	E	Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über fluorierte Treibhausgase und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 842/2006
VkVO	L	Verordnung über den Bau und Betrieb von Verkaufsstätten (Verkaufsstättenverordnung)
VStättVO	L	Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung)
WaffG	B	Waffengesetz
WaStrG	B	Bundeswasserstraßengesetz
WBBauVO	L	Wohn- und Betreuungsbauverordnung
WHG	B	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts
Wohnwagengesetz	L	Wohnwagengesetz
ZollVG	B	Zollverwaltungsgesetz
ZSKG	B	Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz

Anlage 3 - Abkürzungen der Behörden und Stellen

Bezirksamt:

WBZ	Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
WBZ 2	Fachamt Bauprüfung
WBZ 3	Service Foyerbereich
GA	Fachamt Gesundheit
GS	Fachamt Grundsicherung und Soziales
MR	Fachamt Management des öffentlichen Raumes
SL	Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung
SR	Fachamt Sozialraummanagement
VS	Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt

Fachbehörden / Träger öffentlicher Belange:

AKN	AKN Eisenbahn AG
AMH	Archäologisches Museum Hamburg
BAIUDBw	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
BAIUDBw / Infra I 3	„Luftverkehrsbehörde“
BAIUDBw / K4	Kompetenzzentrum Baumanagement Kiel, Haushalt - Bewachung, <u>Schutzbereiche</u> , Offshore-Großprojekte, IT, ZIMI, Manöver/Übungen, NEPS/POL, Konversion, Mobilitätsmanagement
BASFI / F3	Amt für Familie, Abteilung Familie und Kindertagesbetreuung
BIS	Behörde für Inneres und Sport
BIS / A 21	Glückspielaufsicht
BIS / J 41	Polizei Hamburg, Waffen- und Jagdangelegenheiten
BIS / F04	Feuerwehr – Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz
BIS / PK	Polizeikommissariat
BIS / VD	Zentrale Straßenverkehrsbehörde
BIS / WSP 031	Wasserschutzpolizei
BKM	Behörde für Kultur und Medien
BKM / K 3	Denkmalschutzamt
BKM / M 1	Medien- und Digitalwirtschaft
BNetzA	Bundesnetzagentur
BGV	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
BGV / V 1	Abteilung für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
BGV / V 2	Abteilung Produkt- und Anlagensicherheit
BGV / V 3	Amt für Arbeitsschutz
BGV / V 4	Abteilung Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin
BSW	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
BSW / ABH 2	Amt für Bauordnung und Hochbau, Abteilung Oberste Bauaufsicht
BSW / ABH 2 (Bauko)	Baukoordinierungskommission des Amtes für Bauordnung und Hochbau
BSW / ABH 2 (Störfall-Bauko)	Fachbehördliche Koordinierungskommission beim Amt für Bauordnung und Hochbau
BSW / ABH 3	Amt für Bauordnung und Hochbau, Abteilung Bautechnik, Baustatik und Gebäudetechnik
BSW / LP / A	Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Arbeitsstab OD

BSW / LP 1	Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Abteilung Landes- und Stadtentwicklung
BSW / LP 3	Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Abteilung Projekte
BSW / OD	Oberbaudirektor
BSW / RS	Amt für Verwaltung, Recht und Beteiligungen, Bereich Bauordnung und Städtebau
BSW / WoK	Wohnungsbaukoordination
BSW / WSB 3	Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung, Abteilung Bodenordnung
BUE	Behörde für Umwelt und Energie
BUE / IB 1	Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Abteilung Betrieblicher Umweltschutz
BUE / IB 2	Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Abteilung Lärmbekämpfung, Fluglärmschutzbeauftragter
BUE / IB 31	Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Referat Grundstücksentwässerung, Indirekteinleiter
BUE / NGE 1	Amt für Naturschutz, Grünplanung und Energie, Abteilung Landschaftsplanung und Stadtgrün
BUE / NGE 3	Amt für Naturschutz, Grünplanung und Energie, Abteilung Naturschutz
BUE / U 1	Amt für Umweltschutz, Abteilung Wasserwirtschaft
BUE / U 2	Amt für Umweltschutz, Abteilung Bodenschutz/Altlasten
BUE / U 3	Amt für Umweltschutz, Abteilung Abfallwirtschaft
BWVI	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
BWVI / RV	Rechtsamt, Abteilung Verkehrsrecht, Verkehrsgewerbeaufsicht
BWVI / IH 2	Abteilung Hafen, Logistik, Luftverkehr
BWVI / VE 3	Verkehrsbelange in der Stadtentwicklung
BWVI / VF 1	Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen
BWVI / VM 3	Technische Aufsichtsbehörde
BWVI / WL	Abteilung Agrarwirtschaft, Pflanzenschutzbehörde
DB Imm	Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Region Nord
EBA	Eisenbahnbundesamt
FB	Finanzbehörde
Hamburger Friedhöfe AöR	Hamburger Friedhöfe – Anstalt öffentlichen Rechts -
Hamburg Wasser	Hamburger Wasserwerke GmbH und Hamburger Stadtentwässerung AöR
HHA	Hamburger Hochbahn AG
HPA	Hamburg Port Authority
HPA / B	Hamburg Port Authority, Hafenbahn
HSE	Hamburger Stadtentwässerung AöR (Unternehmen von Hamburg Wasser)
HWW	Hamburger Wasserwerke (Unternehmen von Hamburg Wasser)
LBEG	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Niedersachsen
LGV	Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung
LGV / Z	Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung, Zentrale Dienste
LIG	Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen
LSBG	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
LSBG / G 4	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Gewässer und Hochwasserschutz
SRH	Stadtreinigung Hamburg
SRH / TS 4	Stadtreinigung Hamburg, Bau- und Anlagentechnik